

432459-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Integrierte Planung von Objektplanung Gebäude und Fachplanung Tragwerksplanung für Aufstockung, Erweiterung, Umbau und Modernisierung des Verwaltungsgebäudes der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land, 66482 Zweibrücken
OJ S 139/2024 18/07/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land

E-Mail: info@vgzwland.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Integrierte Planung von Objektplanung Gebäude und Fachplanung Tragwerksplanung für Aufstockung, Erweiterung, Umbau und Modernisierung des Verwaltungsgebäudes der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land, 66482 Zweibrücken

Beschreibung: Die Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land beabsichtigt ihr bestehendes Verwaltungsgebäude in 66482 Zweibrücken, Landauer Straße 18 - 20, aufzustocken, zu erweitern, zu modernisieren und in Teilen umzubauen. Das bestehende Verwaltungsgebäude wurde im Jahr ca. 1952 errichtet. Es handelt sich um ein Bauwerk in Massivbauweise. Zur Abklärung der grundsätzlichen Umsetzbarkeit wurde in 2022/23 eine Machbarkeitsstudie zur Architektur beauftragt. Als Ergebnis zur Architektur wurden 3 Planungs-/Ausführungsvarianten mit Grobkostenschätzung vorgestellt, auf deren Basis der Verbandsgemeinderat die Auftragsvergabe der Planung zur Umsetzung beschlossen hat. Eine Festlegung auf eine konkrete der 3 Varianten ist jedoch noch nicht erfolgt. Die Baumaßnahme wird bei laufendem Verwaltungsbetrieb mit Unterstützung von Ausweichquartieren durchgeführt werden müssen. Die zu planende Aufstockung und deren Lastabtragung ist unmittelbar mit dem Tragwerk des Bestandsgebäudes verknüpft. Eine erste Einschätzung des bestehenden Tragwerks identifizierte Bauteile (Flurwände, Außenwände), die für die Lastabtragung der neuen Nutz- und Bauwerkslasten der Aufstockung geeignet sind. Die tragwerkstechnische Bestandsaufnahme auf Basis der vorliegenden Plan- und Berechnungsunterlagen hat jedoch noch zu erfolgen und ist daher auch Gegenstand der Beauftragung. Es kann derzeit davon ausgegangen, dass die oberste bestehende Geschossdecke, auf die die Aufstockung aufgesetzt werden soll, in geeigneter Form zu ertüchtigen ist. In Teilen, wie z. B. über dem derzeitigen Sitzungssaal im 2. Obergeschoss, ist zum Dachraum hin lediglich eine abgehängte Decke eingebaut worden. Erste Einschätzungen haben ergeben, dass ggfs. auf die oberste bestehende Geschossdecke eine neue Deckenkonstruktion aufzulegen wäre. Diese könnte als Spannbetonhohldecke oder als Brettsperrholzdecke ausgeführt werden. Einer Holzkonstruktion für die gesamte Aufstockung wäre sowohl aus Gründen der Gewichtersparnis sowie auch aus Gründen der Nachhaltigkeit der Vorzug zu geben. Die

Untersuchung und Überprüfung der statischen Gegebenheiten sowie die daraus resultierenden notwendigen Maßnahmen sind Gegenstand der Beauftragung. Einzelne Erkenntnisse aus der Machbarkeitsstudie zur Architektur sollen zur Grundlage der Projektziele gemacht werden. Als solche wurden identifiziert (hier Kurzfassung, Langfassung siehe Datei „Aufgabenbeschreibung“): 1. Aufstockung des Gebäudes zur Unterbringung zusätzlicher Räume für die Verwaltung. 2. Die Erweiterung des bestehenden Verwaltungsgebäudes bezieht sich primär auf die Schaffung eines 2. baulichen Rettungsweges. 3. Umbaumaßnahmen am Bestandsgebäude werden insbesondere im Zusammenhang mit der räumlichen Optimierung durch Verlegung von Nutzungen erforderlich. 4. Modernisierungen betreffen primär die energetische Ertüchtigung der gesamten Gebäudehülle und sonstiger Bauteile mittels Wärmeschutzmaßnahmen sowie die Verbesserung der Energiebilanz, unterstützt durch technische Maßnahmen. 5. Defizite beim vorbeugenden Brandschutz sind zu beheben. 6. Herstellung der Barrierefreiheit. 7. Schallimmissionsschutz zumindest der straßenseitigen Räumlichkeiten. 8. Verbesserung der Raumakustik einzelner Räume. 9. Energieeffizienz und Nachhaltigkeit, Umsetzung eines nachhaltigen Energiekonzepts.-- 10. Einhaltung der Wirtschaftlichkeit und der Kosten, Baukostenobergrenze 4.037.000 EUR brutto für die KG 200 bis 500 gemäß DIN 276 Dezember 2018. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Ausschreibungsunterlagen verwiesen.

Kennung des Verfahrens: a61864c4-089b-4b70-b853-8e1e09599b90

Interne Kennung: VGZWLand_2024_620-20_01

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Landauer Straße 18 - 20

Stadt: Zweibrücken

Postleitzahl: 66482

Land, Gliederung (NUTS): Zweibrücken, Kreisfreie Stadt (DEB3A)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Aufgrund des geschätzten Auftragswertes der zu vergebenden Leistungen erfolgt die Ausschreibung zur integrierten Planung von Objektplanung Gebäude und Fachplanung Tragwerksplanung für Aufstockung, Erweiterung, Umbau und Modernisierung des Verwaltungsgebäudes der Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land europaweit in einem Verhandlungsverfahren mit vorherigem Teilnahmewettbewerb. Der Teilnahme-wettbewerb dient der Auswahl der Bewerber, die vom Auftraggeber zur Angebotsabgabe aufgefordert werden. Die Auswahl erfolgt anhand der bekannt gemachten Auswahl- und Eignungskriterien und der von den Bewerbern eingereichten Teilnahmeunterlagen. Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs erfolgt mit den ausgewählten Bewerbern das Verhandlungsverfahren. Das Verhandlungsverfahren besteht aus der Einreichung von Erstangeboten, mindestens eines Bieter- und Verhandlungsgesprächs sowie der endgültigen Angebotsabgabe. Die Angebotsprüfung und -

wertung erfolgt anhand der geforderten Nachweise und Erklärungen, den eingereichten Angebotsunterlagen sowie den bekannt gemachten Zuschlagskriterien. Für das Zuschlagskriterium Preis ist das Honorarangebot gemäß dem endgültigen Angebot maßgebend, die Bewertung der qualitativen Zuschlagskriterien, Herangehensweise mit Lösungskonzept, Projektorganisation sowie Kosten- und Terminkontrolle erfolgt anhand der mit den Erstanteilen gemachten Angaben nebst den Erläuterungen im Bieter- und Verhandlungsgespräch. Ergänzend wird auf die Vergabeunterlagen verwiesen. Das Verfahren folgt den einschlägigen vergaberechtlichen Bestimmungen, insbesondere den Regelungen des GWB und der VgV unter Anwendung der besonderen Vorschriften gemäß §§ 73 ff VgV.---
Teilnahmeanträge und laufende Bewerberinformationen: Es ist ausschließlich die elektronische Abgabe des Teilnahmeantrages mindestens in Textform (§ 126 b BGB) über Vergabeplattform zugelassen. Andere Abgaben des Teilnahmeantrages oder andere Übermittlungsarten der Teilnahmeanträge wie etwa per Post, per Telefax oder per Mail sind ausgeschlossen. In diesem Fall müsste der Teilnahmeantrag schon mangels Formwahrung gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV zwingend ausgeschlossen werden, ohne dass eine Nachforderungsmöglichkeit besteht. Bei der Abgabe des Teilnahmeantrags über die Vergabeplattform ist zu berücksichtigen, dass aufgrund einer gegebenenfalls großen Datenmenge eine vollständige Übertragung des Teilnahmeantrages längere Zeit in Anspruch nehmen kann. Es ist daher ausreichend Zeit für das vollständige Hochladen des Teilnahmeantrags nebst Anlagen auf der Vergabeplattform einzukalkulieren. Auf der Vergabeplattform werden auch Antworten auf Fragen von Interessenten sowie gegebenenfalls aktualisierte oder weitere Informationen und Unterlagen zu dem Verfahren zur Verfügung gestellt. Interessenten an dem Verfahren müssen daher eigenverantwortlich sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere rechtzeitig vor Abgabe des Teilnahmeantrags und Ablauf der Abgabefrist für den Teilnahmeantrag prüfen, ob auf der Vergabeplattform Antworten zu Interessentenfragen und/oder zusätzliche Informationen und Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für den Teilnahmeantrag zu beachten sind, unabhängig davon, ob sie als registrierte Bewerber von der Vergabeplattform zusätzlich automatisch generierte Benachrichtigungsmails an ihre hinterlegte Mail-Adresse erhalten oder nicht. Nachrichten gelten bei nicht registrierten Bewerbern mit Einstellung auf der Vergabeplattform, bei registrierten Bewerbern spätestens mit Einstellung auf der Vergabeplattform und Erhalt der von der Vergabeplattform automatisch generierten Benachrichtigungsmail an die vom Bewerber hinterlegte Mail-Adresse als zugegangen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

VgV -

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Es gelten die Ausschlussgründe nach §122 GWB, §123 GWB, §124 GWB sowie nach §42 VgV.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Objektplanung Gebäude und Innenräume gemäß § 34 HOAI 2021 und Fachplanung Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI 2021, jeweils Leistungsphasen 1 bis 9.

Beschreibung: Ausgeschrieben werden die Leistungen Objektplanung Gebäude und Innenräume § 34 HOAI 2021 i. V. m. Anlage 10.1 zusammen mit der Fachplanung Tragwerksplanung § 51 HOAI 2021 i. V. m. Anlage 14.1, Leistungsphasen 1-9 (Grundleistungen) sowie einzelne Besondere Leistungen. Die Objektplanung muss in vielen

Bereichen auf die statischen Gegebenheiten des Bestandsbaus reagieren, insbesondere bei dem Lastabtrag der Aufstockung, der Konstruktions- und Materialwahl. Die Analyse des Tragwerks des Bestandsbaus auf Basis der Bestandsstatik und ggfs. die Durchführung erforderlicher Bauteiluntersuchungen sind ebenso Gegenstand der Ausschreibung. Die Beauftragung und Leistungserbringung erfolgen stufenweise. Mit der Zuschlagserteilung wird zunächst die Bearbeitungsstufe I (= Auftragsstufe 1) bestehend aus der Leistungsphase 1 (Grundlagenermittlung) bis zur Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) beauftragt. Der Auftraggeber behält sich vor, auf Grundlage des abzuschließenden Planervertrages nach Abschluss der Bearbeitungsstufe I auch die Bearbeitungsstufe II (= Auftragsstufe 2) bestehend aus Ausführungsplanung bis zur Objektbetreuung (Leistungsphasen 5 bis 9) ganz oder teilweise weiter zu beauftragen. Ein Anspruch auf ganz oder teilweise Weiterbeauftragung der Bearbeitungsstufe II besteht nicht. --- Zu den Planungsleistungen und Auftragsstufen gehören insbesondere: 1. Objektplanung Gebäude und Innenräume gemäß § 34 HOAI: Grundleistungen und einzelne Besondere Leistungen, Auftragsstufe 1: Leistungsphasen (LPH) 1 bis 4, Auftragsstufe 2: LPH 5 bis 9.--- 2. Fachplanung Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI: Grundleistungen und Besondere Leistungen, Auftragsstufe 1: Leistungsphasen (LPH) 1 bis 4, Auftragsstufe 2: LPH 5 und 6, Besondere Leistungen LPH 7 bis 9.--- Wegen der Details zu den einzelnen Planungsleistungen wird auf die unter dem angeführten Link abrufbaren Vergabeunterlagen, insbesondere die Datei „Leistungskatalog“ und die Datei „Entwurf Planervertrag“ verwiesen.

Interne Kennung: VGZW_Land 2024_620-20_01

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Zweibrücken, Kreisfreie Stadt (DEB3A)

Land: Deutschland

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Nachweis Berufsbezeichnung Architekt/in

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis, dass der Bewerber zur Führung der Berufsbezeichnung „Architekt/in“ gemäß § 3 ArchG Rh.-Pf. berechtigt ist. Zum Nachweis ist vom Bewerber die Kopie des Eintragungsnachweises in die Architektenliste der Architektenkammer Rheinland-Pfalz in der Fachrichtung „Architektur“ gemäß § 5 ArchG Rh.-Pf. mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. --- Auswärtige Berufsangehörige und auswärtige

Berufsgesellschaften haben die Voraussetzungen nach § 10 Abs. 1 ArchG Rh.-Pf. nachzuweisen, indem sie eine Kopie des Eintragungsnachweises in der Liste der Architektenkammer Rheinland-Pfalz oder in einer anderen Architektenkammer in der Bundesrepublik Deutschland in der Fachrichtung Architektur vorlegen. Verfügt der auswärtige Berufsangehörige / die auswärtige Berufsgesellschaft nicht über einen Eintrag als Architekt/in in einer Architektenliste innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, ist vom Bewerber mit dem Teilnahmeantrag eine Kopie des Eintragungsnachweises bei der Architektenkammer Rheinland-Pfalz oder bei einer anderen Architektenkammer in der Bundesrepublik Deutschland in das Verzeichnis für auswärtige Berufsangehörige oder das Verzeichnis für auswärtige Berufsgesellschaften gemäß § 10 Abs. 3, 4 ArchG Rh.-Pf. einzureichen. Bei erstmaliger vorübergehender oder nur gelegentlicher Tätigkeit genügt auch die Vorlage der Anzeige gemäß § 10 Abs. 2 oder 3 ArchG Rh.-Pf. --- Ist der Bewerber eine juristische Person, ist er nur teilnahmeberechtigt, wenn er für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Angehörige mit der Berufsbezeichnung „Architekt/in“ im Bewerbungsbogen benennt und dessen Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung gemäß den vorstehenden Ausführungen mit dem Teilnahmeantrag nachweist. --- Es wird auf die Regelung zur Bauvorlageberechtigung gemäß § 64 Abs. 2 Nr. 1 LBO Rh.-Pf. verwiesen.
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Ausschlussgründe: Erklärung zu Ausschlussgründen gemäß §§123, 124 GWB.

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis – zunächst nur Eigenerklärung gemäß Formblatt „Bewerbererklärung“ –, dass dem Bewerber keine zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB bekannt sind. Bei Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Nachweis Berufshaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung durch Vorlage der Kopie einer Versicherungsbescheinigung. Mindestanforderung: Die vorzulegende Versicherungsbescheinigung muss eine Mindest-Deckungssumme für Personenschäden über € 2.000.000,- und für Sach- und Vermögensschäden über € 2.000.000,- ausweisen. Die Mindest-Deckungssummen müssen mindestens zweifach pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehen. Bei Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied gesondert zu erbringen mit der Maßgabe, dass es genügt, wenn die Addition der nachgewiesenen und mindestens zweifach pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehenden Mindest-Deckungssummen der Mitglieder der Bewerbergemeinschaft die geforderten Mindest-Deckungssummen erreichen.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis – zunächst nur Eigenerklärung gemäß Formblatt „Referenzleistung“ – zu bereits abgeschlossenen oder noch laufenden Referenzen des Bewerbers, deren Planungsanforderungen mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind. Bei Bewerbergemeinschaften müssen Referenzen nicht durch alle

Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, sondern nur durch mindestens ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft erbracht sein. Mindestanforderungen: 1. Für die Referenzleistungen müssen mindestens aus dem Leistungsbereich Objektplanung Gebäude die Grundleistungen der Leistungsphasen 2 bis 8 (vgl. §34 HOAI in Verbindung mit Anlage 10.1 bzw. 11.1) erbracht worden sein. --- 2. Die Referenzleistungen dürfen nicht vor dem 01.01.2018 abgeschlossen worden sein. Maßgeblich für den Abschluss ist die Fertigstellung der Leistungsphase 8 („Objektüberwachung“). Sofern die Referenzleistungen aktuell noch nicht abgeschlossen sind, müssen sie mindestens bis zum Beginn der Leistungsphase 8 („Objektüberwachung“) fortgeschritten sein. --- 3. Es müssen mindestens 2 Referenzleistungen eingereicht werden, deren Planungsanforderungen mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind und die vorstehenden Mindestanforderungen gemäß Ziffer 1. und 2. erfüllen.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Kriterium:

Art: Sonstiges

Bezeichnung: Auswahlkriterien

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Überschreitet die Zahl der geeigneten Bewerber die geplante Höchstzahl von 5 Bewerbern, erfolgt die Auswahl der Bewerber anhand folgender objektiver Kriterien: a) Anzahl der wertungsfähigen Referenzen: Die wertungsfähigen Referenzen werden zunächst unter Berücksichtigung der Anzahl gewertet. Ein Bewerber mit 3 bis 4 wertungsfähigen Referenzen erhält 5 Punkte, ein Bewerber mit 5 oder mehr wertungsfähigen Referenzen erhält 10 Punkte. b) Qualitative Projektmerkmale der Referenzen: Die wertungsfähigen Referenzen werden außerdem unter Berücksichtigung der nachfolgenden qualitativen Projektmerkmale bewertet. Dabei wird jede Referenz gesondert gewertet und sodann anschließend der Durchschnittswert der vom Bewerber eingereichten, wertungsfähigen Referenzen anhand der erzielten Gesamtsumme dividiert durch die Anzahl der wertungsfähigen Referenzen ermittelt. Der ermittelte Durchschnittswert wird anschließend mit dem Faktor 8 multipliziert. --- Größe: Die Kostenberechnung des Referenzprojektes beträgt für die Bauwerkskosten (KG 300 + 400) gemäß DIN 276:2018-12 oder 276-1:2008-12 $\geq 3,0$ Mio. Euro brutto: 1 Punkt. --- Gebäudeart: Es handelt sich um ein Büro- und Verwaltungsgebäude: 1 Punkt. --- Bauen im Bestand: Es handelt sich um ein Projekt, das (auch) Planungsleistungen im Bestand erforderte: 2 Punkte. --- Integrierter Planungsansatz: Für das Referenzprojekt wurde auch die Fachplanung Tragwerksplanung bearbeitet – entweder im eigenen Büro oder im Rahmen einer Arbeits-/Bietergemeinschaft: 2 Punkte. ----- Die Angaben zu den Referenzen sind vom Bewerber im Formblatt „Referenzleistung“ einzutragen und mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Für jede Referenz ist ein gesondertes Formblatt zu verwenden. Fehlende Unterlagen und/oder Angaben zu Referenzprojekten werden nicht nachgefordert.-- Bei der Bewertung der Referenzen werden nur ganze Punkte vergeben. Bei der rechnerischen Ermittlung des Durchschnittswertes zur Ermittlung der Wertungspunktzahl beim Auswahlkriterium „Qualitative Projektmerkmale der Referenzen“ gemäß lit b erfolgt eine kaufmännische Rundung auf 2 Dezimalstellen, die auch bei der anschließenden Ermittlung der Gesamtwertungssumme aus den beiden Auswahlkriterien „Anzahl der wertungsfähigen Referenzen“ und Qualitative Projektmerkmale der Referenzen“ gemäß lit a und b fortgeschrieben wird.-- Die 5 Bewerber mit der höchsten Gesamtpunktzahl werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Wird auch nach Anwendung der objektiven Auswahlkriterien die Höchstzahl überschritten, weil Bewerber dieselbe Punktzahl aufweisen, behält sich der Auftraggeber vor, die Auswahl zwischen betroffenen Bewerbern durch Los gemäß § 75 Abs. 6 VgV zu treffen oder alternativ die Höchstzahl entsprechend zu erhöhen.-- Sofern die Zahl geeigneter Bewerber unter der bekanntgemachten Mindestzahl von drei Bewerbern liegt, kann der Auftraggeber das Vergabeverfahren nach § 51 Abs. 3 S. 2 VgV

fortführen, indem er den oder die Bewerber einlädt, die über die geforderte Eignung verfügen. Alternativ kann der Auftraggeber das Vergabeverfahren wegen Unterschreitung der Mindestzahl von drei geeigneten Bewerbern aber auch gemäß § 63 VgV aufheben und gegebenenfalls ein neues Vergabeverfahren durchführen.

Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: A. Honorarangebot

Beschreibung: Maßgebend für die Angebotswertung ist das verbindliche Honorarangebot im Rahmen der endgültigen Angebotsabgabe. Das Honorarangebot im Rahmen des Erst-Angebots ist nur indikativ. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Vergabeunterlagen, insbesondere auf die Datei „Zuschlagskriterien“ verwiesen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: B. Herangehensweise mit Lösungskonzept

Beschreibung: Maßgebend für die Angebotswertung sind die mit den Erst-Angeboten gemachten Angaben nebst den Erläuterungen im Bieter- und Verhandlungsgespräch. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Vergabeunterlagen, insbesondere auf die Datei „Zuschlagskriterien“ verwiesen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: C. Projektorganisation

Beschreibung: Maßgebend für die Angebotswertung sind die mit den Erst-Angeboten gemachten Angaben nebst den Erläuterungen im Bieter- und Verhandlungsgespräch. Wegen der weiteren Einzelheiten und auch zu den Unterkriterien wird auf die Vergabeunterlagen, insbesondere auf die Datei „Zuschlagskriterien“ verwiesen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: D. Kosten- und Terminkontrolle

Beschreibung: Maßgebend für die Angebotswertung sind die mit den Erst-Angeboten gemachten Angaben nebst den Erläuterungen im Bieter- und Verhandlungsgespräch. Wegen der weiteren Einzelheiten und auch zu den Unterkriterien wird auf die Vergabeunterlagen, insbesondere auf die Datei „Zuschlagskriterien“ verwiesen.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E14648231>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 18/09/2024

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E14648231>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 16/08/2024 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Das Nachfordern fehlender Teilnahmeantrags- oder Angebotsunterlagen richtet sich nach § 56 VgV. Ergänzende Angaben finden sich in den Vergabeunterlagen, insbesondere im Verfahrensbrief.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Informationen über die Überprüfungsfristen: Entsprechend der Regelung in § 160 GWB. Zitat:

„(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2)

Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1. der

Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2.

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.“

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeinde Zweibrücken-Land

Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00011810

Postanschrift: Landauer Str. 18-20

Stadt: Zweibrücken

Postleitzahl: 66482

Land, Gliederung (NUTS): Zweibrücken, Kreisfreie Stadt (DEB3A)

Land: Deutschland

E-Mail: info@vgzwland.de

Telefon: +49 6332 8062 0

Fax: +49 6332 8062999

Internetadresse: <https://www.vgzwland.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Registrierungsnummer: DE355604198

Stadt: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Telefon: +49 6131 162234

Fax: +49 6131-162113

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: a27106fe-f1c5-48d2-ac3f-26d6fee313a4 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 16/07/2024 10:50:00 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 432459-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 139/2024
Datum der Veröffentlichung: 18/07/2024